

WI/gk

Bern, den 18. August 1982

A U F Z E I C H N U N GKonsultationen zwischen Aussenminister Genscher
und Bundesrat Aubert (Bern, 16./17. August 1982)

	<u>Seite</u>
Programm	1
Delegationsliste	2
Traktanden:	
Mo 16.8. I. Naher Osten	3
II. Namibia	6
Di 17.8. III. Rüstungskontrolle und Abrüstung	8
IV. KSZE	12
V. Transatlantische Beziehungen	15
VI. Genscher-Colombo-Plan	16



P r o g r a m m

Konsultationen zwischen Herrn Hans-Dietrich Genscher,
Bundesminister des Auswärtigen
und Herrn Bundesrat Pierre Aubert
im Rahmen des Staatsbesuches des Präsidenten
der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Karl Carstens

Montag, 16. August 1982

- (16.15 - 17.00 Die beiden Aussenminister nehmen teil am Gespräch
Bundespräsident Honegger/Bundespräsident Carstens)
- 17.15 - 17.45 Gespräch der beiden Aussenminister im Amtszimmer
von Herrn Bundesrat Aubert. Ferner anwesend : die
Herren Staatssekretär Probst, Botschafter Pfeffer,
Botschafter Müller, Botschafter Redies, Fräulein Krieg,
Legationsrat von Ploetz und Uebersetzerin
- 17.45 - 18.45 Konsultationen der beiden Aussenminister, begleitet
von ihren Delegationen, im Konferenzzimmer W 240

Dienstag, 17. August 1982

- 09.15 - ca. 11.10 Fortsetzung der Konsultationen im W 240
- (11.15 - ca. 12.45 Individuelles Programm für Herrn Aussenminister
Genscher)
- 13.00 - ca. 14.30 Arbeitsessen im von Wattenwyl-Haus

DELEGATIONSLISTESchweizer Delegation

Bundesrat Pierre Aubert
 Staatssekretär Raymond Probst
 Botschafter Charles Müller
 Botschafter Emanuel Diez
 Botschafter Edouard Brunner (nur dienstags)
 Botschafter Jean-Pierre Ritter
 Botschafter Franz Muheim
 Minister Pierre-Louis Girard (nur dienstags)
 Herr Herbert von Arx (nur dienstags)
 Herr Jacques Reverdin (nur dienstags)
 Frl. Catherine Krieg
 Herr Denis Feldmeyer
 Herr Paul Widmer

 Botschafter Klaus Jacobi (BAWI) (nur dienstags)

Deutsche Delegation

Herr Dr. h.c. Hans-Dietrich Genscher,
 Bundesminister des Auswärtigen

 Herr Dr. Helmut Redies,
 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Schweiz

 Herr Dr. Franz Pfeffer, Botschafter, Leiter der
 zuständigen Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt

 Herr Dr. Christian Feit, Vortragender Legationsrat Erster
 Klasse, Leiter des zuständigen politischen Referats im
 Auswärtigen Amt

 Herr Dr. Klaus Bald, Vortragender Legationsrat,
 Stellvertretender Sprecher des Auswärtigen Amtes

 Herr Dr. Hans-Friedrich von Ploetz,
 Stellvertretender Leiter des Ministerbüros

 Herr Dr. Alfred van Setten, Botschaftsrat an der
 Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Schweiz

 Eine Dolmetscherin

I. Naher Osten

G Das Nahost-Problem weist viele Dimensionen auf. Die Europäische Gemeinschaft betrachtet sich als Nachbarregion zum Nahen Osten. Deshalb hat sie auch den europäisch-arabischen Dialog eingeleitet und ein dreifaches Wirtschaftsvertragssystem errichtet, nämlich mit dem Maghreb, dem Maschrek und Israel.

Für die BRD weist die Nahost-Politik immer auch einen moralischen Aspekt auf. Aufgrund der deutschen Vergangenheit erheben wir unsere Stimme bezüglich Israels etwas zurückhaltender, obgleich wir in unserer politischen Einschätzung mit der EG übereinstimmen. Die BRD hat bereits 1974 innerhalb der UNO das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ausdrücklich anerkannt. Dieser Schritt wurde inzwischen von allen EG-Staaten vollzogen.

Während meiner beiden Reisen in den Nahen Osten (a) nach Israel unmittelbar vor der israelischen Invasion in den Libanon, b) nach Jordanien und Agypten) stellte ich fest, dass im arabischen Lager die Sorge über die Entwicklung im Libanon gross ist. Die Lage im Nahen Osten wird zur Zeit sowohl durch den iranisch-irakischen Krieg wie durch das Palästinenserproblem destabilisiert. In Gesprächen mit König Hussein und Präsident Mubarak beeindruckte mich, wie sich diese beiden Staaten von der jüngsten Islamisierungswelle bedroht fühlen, obschon sie sich nicht in einer solchen Gefahrenzone befinden wie die Golfstaaten. Vor diesem Hintergrund ist es bedauerlich, dass zur Zeit wegen der Ereignisse im Libanon die Weltaufmerksamkeit vom iranisch-irakischen Krieg und dem Gefahrenherd am Golf abgelenkt wird.

Im Nahen Osten führt kein Weg am Palästinenserproblem vorbei. Die Westbank bildet das einzig denkbare Gebiet für einen künftigen Palästinenser-Staat. Präsident Sadat hatte gehofft, der von ihm eingeleitete Friedensprozess werde nach fünf Jahren zur Unabhängigkeit dieses Gebiets führen. Doch Begin zielte gerade auf das Gegenteil ab.

Es ist möglich, dass das Beirut-Problem in nächster Zeit gelöst wird. Doch die 6.000 palästinensischen Kämpfer und alle die anderen Palästinenser, die sich in einflussreichen Stellungen insbesondere in den Golf-Staaten befinden, werden weiterhin ein Problem bilden. Gelingt

es uns nicht, eine politische Perspektive für die Grundanliegen der Palästinenser zu erarbeiten, dann könnte sich die Vertreibung der PLO aus Beirut in internationale terroristische Aktivitäten umsetzen - Aktivitäten, wie wir sie in Vorboten bereits in Frankreich sehen konnten.

Was Israel zur Zeit unternimmt, ist bedauerlich. Das Ansehen dieses Landes erleidet überall Schaden, sogar in den USA. Sollte sich die kritischere Haltung in den USA in verstärkten Druck auf Israel umsetzen, dann könnte man vielleicht der Lösung des Palästinenserproblems einen Schritt näher kommen.

Was Jordanien betrifft, so wird es nicht den Weg von "Camp David" beschreiten, obschon König Hussein darüber wacht, dass mit Israel ein Quasi-Friedenzustand herrscht.

In einem weiteren Blickwinkel muss man sehen, dass der ganzen Region vornehmlich zwei Gefahren drohen: a) der vom Iran getragene schiitische Fundamentalismus, b) der drohende Vorstoss der Sowjetunion zu den warmen Gewässern des Golfs. Angesichts unserer Energie-Abhängigkeit liegen unsere Interessen parallel zu jenen der arabischen Staaten. Wir hoffen daher, dass die Habib-Mission erfolgreich sein und nachher das Palästinenserproblem in all seinen Dimensionen behandelt und einer Lösung nähergebracht wird.

CFA Verteidigungsminister Sharon sagte kürzlich, die grosse Mehrheit der Palästinenser stamme aus Jordanien, und sie könnte dorthin zurückkehren. Die Palästinenser hätten also bereits einen Staat. Das würde freilich das Ende der Haschemiten-Dynastie bedeuten. Haben Sie mit Hussein auch über dieses Problem gesprochen? Stellt Ihrer Einschätzung nach die PLO in politischer Hinsicht noch eine ernstzunehmende Kraft dar und ist Arafat immer noch der tonangebende Leader?

G Meiner Meinung nach haben die politischen Köpfe in der PLO sogar an Statur gewonnen, da sich der militärische Flügel der PLO nicht so schlagkräftig erwies, wie behauptet wurde. Sollte allerdings keine neue Initiative auf politischem Gebiet erfolgen, dann würde dies die militärischen Kräfte innerhalb der PLO stärken und könnte zu einer neuen Terrorismuswelle führen.

Was in Beirut geschieht, dient langfristig nicht den israelischen Interessen. Die westlichen Staaten tragen eine grosse Verantwortung, dass nun den Palästinensern eine politische Perspektive eröffnet wird. Dies gilt namentlich für die USA, denn letztlich kann nur die amerikanische Regierung einen Einfluss auf die Israeli ausüben.

Zu Jordanien als dem Heimatland der Palästinenser: König Hussein hat dieses Problem selbst angeschnitten, und zwar ist er sehr besorgt darüber, dass die Israeli versucht sein könnten, auch noch die Westbank zu "israelisieren" und die dort lebenden Palästinenser nach Jordanien zu vertreiben. Das hätte jedoch verheerende Konsequenzen sowohl für Jordanien wie für die ganze Palästinenser-Frage.

CFA Sind Ihrer Einschätzung nach die USA tatsächlich gewillt, gegenüber Israel Sanktionen zu ergreifen?

G Sanktionen im eigentlichen Sinn, die über einen Stopp von Waffenlieferungen hinausgehen, können die USA gegenüber Israel nicht ergreifen. Es ist indessen unübersehbar, dass Staatssekretär Shultz vom ersten Tag an einen anderen Akzent in der Nahost-Politik gesetzt hat als sein Vorgänger. Die Nahost-Politik war übrigens ein Gebiet, in welchem die Auffassungen der EG stark von jenen Haigs abwichen.

Präsident Sadat war der erste, der einen Umschwung in der öffentlichen Meinung der USA bezüglich des Nahostproblems herbeiführte. Ich betonte gegenüber arabischen Gesprächspartnern immer wieder, dass Sadat der einzige gewesen sei, der in den USA eine Bresche für die arabischen Anliegen schlagen konnte. Der zweite Umschwung erfolgte nun mit der Krise im Libanon.

Im Nahen Osten gibt es drei Schlüsselstaaten, welche zur Erhaltung der Stabilität entscheidend sind, nämlich Saudiarabien, Aegypten und Jordanien. Vor allem die Rolle der Saudis kann man nicht hoch genug einschätzen. Ihre finanzielle Hilfeleistung erklärt die politische Zurückhaltung etlicher Staaten nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Afrika. Die USA erkennen nun diesen Faktor. Wenn mir jemand sagt, das möge zwar stimmen, aber die Saudis unterstützten auch den Heiligen Krieg, dann erwidere ich: Ja, sie erklären jeden Tag den Heiligen Krieg

und bezahlen täglich Millionen von Petro-Dollars, damit er nicht stattfindet.

PRO Glauben Sie, Begin hätte Schwierigkeiten, sich gegenüber Sharon durchzusetzen?

G Sharon ist gewiss die stärkste Persönlichkeit im Kabinett. Aber was die angeblichen Konflikte zwischen Begin und Sharon betrifft, so könnte man sich auch denken, dass hier eine gewisse Arbeitsteilung stattfindet: Der Ministerpräsident ist der direkte Gesprächspartner der USA, der Verteidigungsminister dagegen nicht.

II. Namibia

G Letzte Woche fand eine Tagung der 5er-Kontaktgruppe statt. Die Frontstaaten haben unsere Bemühungen bisher beharrlich unterstützt. Zwei Fragen müssen noch gelöst werden: a) Das Wahlsystem; die SWAPO will eine eindeutige Entscheidung, wobei es ihr gleich ist, ob ein Proporz- oder ein Majorz-System eingeführt wird. Das Wahlsystem muss möglichst einfach sein, also "one man, one vote". Die Einführung des deutschen Wahlsystems lässt sich daher, entgegen unserer ursprünglichen Absicht, nicht verwirklichen. b) Das zweite Problem besteht in der Frage nach der Parallelität zwischen dem Abzug der Kubaner und der Einleitung des Friedensprozesses. Unserer Ansicht nach würde ein Nacheinander schon genügen, zumal wir wissen, dass auch in Angola selbst starke Kräfte den Abzug der Kubaner wünschen. Es scheint, dass auch die USA vom Prinzip einer rigiden Parallelität abzurücken beginnen. Freilich, die jüngsten südafrikanischen Militärationen erschweren die Position jener, die für einen raschen Abzug der Kubaner eintreten. Offensichtlich bezwecken die Südafrikaner mit ihren militärischen Aktionen, den Friedensprozess hinauszuschieben.

Zu Nujoma sagte ich, wir wünschten nicht eine schöne Verfassung, sondern eine gute Verfassungsrealität, d.h. ein gemischtrassiges Land, das nach dem Prinzip der Gleichberechtigung geordnet ist. Ferner teilte ich ihm mit, wenn er sich an seine bisherigen Versprechen hielte, dann würde die Bundesrepublik tatkräftig mithel-

fen, um aus Namibia ein blühendes Land zu machen.

Nujoma ist nicht ein so hochkarätiger Politiker wie beispielsweise Mugabwe. Ob er der Mann der Zukunft ist, bleibt auch noch offen. Wahrscheinlich gibt es innerhalb der SWAPO stärkere Persönlichkeiten, die jedoch zur Zeit von den Südafrikanern gefangengehalten werden.

Das Namibia-Problem enthält auch eine strategische Komponente. Ich erinnere mich, wie Gromyko im November 1979 in Bonn seine distanzier- te Haltung verlor, als wir auf das Rhodesien-Zimbabwe-Problem zu sprechen kamen. Seine heftigen Attacken gegen Frau Thatcher erklär- ten sich nur dadurch, dass das Rhodesien-Problem vor einer Lösung stand und damit der Sowjetunion ein Einflussbereich im südlichen Afrika entzogen wurde. In Angola und Moçambique findet unverkennbar eine politisch-ideologische Neuorientierung statt. Die Lösung des Namibia-Problems wird diese Tendenz noch fördern. Sollte hingegen unsere Initiative scheitern, so wird im südlichen Afrika ein Rassen- krieg bevorstehen.

CFA Während eines Besuches in der Schweiz sagte der für Afrika zustän- dige Assistenzsekretär des State Department, Chester Crocker, die Regierung von Angola hätte mit der Unità Kontakt aufgenommen, vor- erst auf ziemlich tiefer Ebene. Dies scheint ebenfalls eine Lösungs- möglichkeit anzudeuten, in dem Sinn nämlich, dass sich in Angola eine Regierung der Nationalen Einheit anbahnen könnte und somit die Kubaner überflüssig würden.

G Die Kontakte mit der Unità kann ich nicht bestätigen. Aber da diese Bewegung mit ausländischer Unterstützung ein weites Territorium in Angola kontrolliert, kann die territoriale Integrität nur von einer Regierung der Nationalen Einheit behauptet werden.

CFA Die Ser-Kontakt-Gruppe möchte Namibia bis im Jahr 1983 in die Unab- hängigkeit führen. Ist dieses Ziel nicht zu optimistisch?

G Das hängt wesentlich von Südafrika ab. Eine Antwort auf unsere Vor- schläge bezüglich des Wahlsystems steht immer noch aus.

- RR Im Juli hat uns Nujoma über die Situation im südlichen Afrika aus SWAPO-Sicht informiert. Dabei erwähnte er lobend die Anstrengungen der Kontakt-Gruppe. Seiner Meinung nach zeichnete sich in der südafrikanischen Regierung ein Umschwung ab, und zum ersten Mal bestünden wirkliche Erfolgsaussichten. Bezüglich des Wahlmodus meinte er, man brauche unbedingt ein höchst einfaches Verfahren. Angesprochen auf die Präsenz der Kubaner in Angola erwiderte er, die Kubaner seien für die SWAPO kein Verhandlungspunkt. Dieses Problem könne direkt zwischen den USA und Angola geregelt werden.
- G Ja, das stimmt. Das ist seine Beurteilung der Lage. Am Beispiel von Nujoma wird klar deutlich, dass der Westen immer wieder in der Behandlung von afrikanischen Freiheitsbewegungen Fehler gemacht hat. Nujoma hat sich, seit er internationale Verantwortung trägt, verändert. Sein Stil wurde wesentlich ruhiger, er hat seine schroffen Attitüden abgelegt. In diesem Zusammenhang kann man sich auch fragen, ob es richtig sei, die PLO immer vor der Tür stehen zu lassen.
- PRO Dieser Wandel liess sich auch sehr gut an Mugabwe ablesen.
- G Ja. Kürzlich sagte er mir, er sei in vielen Ländern gewesen und hätte eingesehen, dass man die Dinge in Zimbabwe vorerst so lassen müsse, wie sie jetzt seien.

III. Rüstungskontrolle und Abrüstung

- CFA Die heutigen enormen Rüstungsarsenale sind eine Konsequenz des Ost-West-Spannungsverhältnisses und nicht dessen Ursache. Wir leben heute in einer Lage, wo die Warschaupakt-Staaten auf diversen Gebieten ein militärisches Uebergewicht erreicht haben. Es scheint uns vordringlich, dass das militärische Gleichgewicht wieder hergestellt wird. Die Bundesrepublik muss aufgrund ihrer geopolitischen Lage und als vom NATO-Doppelbeschluss betroffenes Land an den gegenwärtig laufenden Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung sehr interessiert sein. Welches sind Ihre Reaktionen und Hoffnungen, die sich bezüglich der MBFR-, der INF- und der START-Verhandlungen einstellen?

G Wir berühren hier Grundfragen des Ost-West-Verhältnisses. Vorausschicken möchte ich, dass die Entspannungspolitik nach unserer Einschätzung eine richtige Entscheidung war. Weiterhin wegweisend für uns bleibt der Harmel-Bericht vom Dezember 1967. Wir wollen also weiterhin einerseits alles Nötige für unsere militärische Sicherheit unternehmen und andererseits uns bemühen, die Zusammenarbeit mit dem Osten zu verbessern. Vor diesem Hintergrund bleibt es unser Ziel, in verschiedenen Verhandlungsforen alle militärisch-strategischen Bereiche zu erfassen, um ein militärisches Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau zu erreichen.

Auch wenn die Entspannungspolitik der letzten 15 Jahre richtig war, so müssen wir uns doch fragen: Wie war es möglich, dass der Osten das militärische Gleichgewicht zu seinen Gunsten verändern konnte? Und hier müssen wir bekennen, dass der Westen einiges unterlassen hat. Er gewährte der Sowjetunion Spielräume, welche diese ausgenützt hat. Sie reagierte nicht auf verschiedene Vorleistungen, z.B. die Abschaffung der Wehrpflicht in den USA und den von Carter verkündeten Verzicht auf den Bau des B-1-Bombers und der Neutronenbombe.

Die BRD unterstützte immer den SALT- bzw. START-Prozess. Doch wir erkannten, dass ein entscheidender Mangel im folgenden Verhältnis lag: Bei den Interkontinentalraketen achteten die USA auf die Parität mit der UdSSR. In anderen Bereichen dagegen, beispielsweise im konventionellen, forderten die USA keine Parallelität. So setzte im konventionellen Bereich, aber auch bei der Marine, eine beachtliche sowjetische Aufrüstung ein. Das gleiche gilt auch für die Mittelstreckenwaffen. Diese wurden indessen nicht nur zu einem militärischen, sondern vornehmlich zu einem psychologischen Druckmittel. Mit ihm sollte die Abkoppelung Europas von den USA gefördert werden, denn diese Waffen können die USA nicht erreichen und sollten folglich die Einsatzschwelle von Interkontinentalraketen erhöhen.

Auf der Grundlage des Harmel-Berichts also müssen wir versuchen, die bisher nicht erfassten Ebenen im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung mit ins Verhandlungssystem einzubeziehen. Wir Deutschen haben daran ein besonderes Interesse, da das Verhältnis der BRD zur DDR stets von der politischen Grosswetterlage abhängt. Somit liegt eine Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses auch in unserem natio-

nen Interesse. Zu den verschiedenen Verhandlungsgremien: Die MBFR-Verhandlungen in Wien kann man nur unter grossen Vorbehalten als Rüstungsreduzierungs-Verhandlungen bezeichnen. Die Reduktionen in Mitteleuropa würden sich auf drei Armeen von Bedeutung beziehen, nämlich auf jene der BRD sowie der USA und der UdSSR. Die amerikanischen und sowjetischen Truppenkontingente können freilich in andere Regionen verschoben werden, so dass keine Reduzierung stattfindet. Da nur die BRD diese Möglichkeit nicht hat, wäre schliesslich die Bundeswehr die einzige, die teildemobilisieren müsste.

Bei den START-Verhandlungen hoffen wir, sie mögen zu Reduktionen führen.

Was die INF-Verhandlungen betrifft, so glaube ich, wird die Sowjetunion vor dem Frühsommer 1983 keine einzige Konzession machen. Dann könnte das Verhandlungsklima vielleicht auftauen, jedoch nur dann, wenn die Sowjetunion überzeugt ist, dass ohne erfolgreiches Verhandlungsergebnis die NATO-Staaten die angekündigte Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern vornehmen. Wer also gegen die NATO-Nachrüstung anrennt, der gefährdet sie ganz eindeutig. In den INF-Verhandlungen - wir wurden von amerikanischer Seite, da die Sowjets auch Drittstaaten auf westlicher Seite erfassen wollen, ausgiebig konsultiert - wurde bewusst ein globaler Verhandlungsansatz gewählt. Für uns sind die Raketen jenseits des Urals mindestens so gefährlich wie jene in Minsk, ja sogar noch gefährlicher, da jene Basen nämlich von unseren Mittelstreckenwaffen nicht erreicht werden können. Ich betonte auch immer wieder gegenüber afrikanischen Gesprächspartnern, dass sie ebenfalls in der Reichweite der sowjetischen Mittelstreckenwaffen liegen.

Madriider KSZE-Nachfolgekonferenz: Wir würden die Einberufung einer Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE) begrüßen, da dadurch auch der konventionelle Rüstungsbereich erfasst werden könnte. Und aufgrund unserer geopolitischen Lage ist dies von grosser Bedeutung. Die vertrauensbildenden Massnahmen (CSBM) vom Atlantik bis zum Ural könnten einen partiellen Ausgleich für diese nicht veränderbaren geopolitischen Bedingungen schaffen. Wenn man von den CSBM spricht, dann muss man auch die Ausgangslagen berücksichtigen. Beispielsweise besteht überall innerhalb des Warschaupakts die Wehrpflicht. Im Westen dagegen kennen die USA und Grossbritannien diese nicht mehr. Das ist ein

entscheidender Faktor, wenn es darum geht, möglichst rasch einen grossen Truppenbestand mobilisieren zu können. Es scheint mir sehr wichtig, dass die USA die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen. Als Präsident Carter im Anschluss an die sowjetische Intervention in Afghanistan zum Boykott der Olympiade in Moskau aufrief, sagte ich ihm, die einzig angemessene Reaktion wäre die Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA. Man muss ganz allgemein sehen, dass der Westen als eine offene Gesellschaft im Sektor der Vertrauensbildung enorme Vorleistungen erbringt. Bei uns gibt es, wie dies die Diskussion um die Neutronenbombe sehr deutlich gezeigt hat, keinen Ueberraschungseffekt.

In einer weiter ausgezogenen Perspektive muss man sich zwei Fragen stellen: 1. Worauf zielt die sowjetische Drohung ab? Angesichts des psychologischen Druckes, der mit den Mittelstreckenwaffen ausgeübt wird, deutet einiges darauf hin, dass weniger ein Ueberfall auf Westeuropa beabsichtigt wird als vielmehr eine innere Unterwerfung der westeuropäischen Staaten. 2. Die Entspannungspolitik verlangt nichts von uns, was wir ohnehin nicht tun würden, aber andere verpflichten sich zu etwas, das sie sonst nicht täten. Etliche Entwicklungen im Ostblock wären ohne die KSZE-Schlussakte nicht denkbar. Der Westen hat keinen Anlass, mangelndes Selbstbewusstsein zur Schau zu tragen. Die geschichtliche Grundentwicklung in der gesamten Welt geht in Richtung von mehr Unabhängigkeit, von mehr Selbständigkeit und nationaler Identität. Schaut man nun, welches System dieser Entwicklung gerade entgegengesetzt ist, dann fällt der Blick auf die Breschnew-Doktrin. Diese muss über kurz oder lang auch mit den Interessen der blockfreien Staaten in Konflikt kommen. Im Gegensatz zu den sowjetischen Revolutionären der ersten Stunde scheint die heutige Führungsequipe diese Tendenz nicht richtig zu erkennen. Hierin liegt ein grosser Risikofaktor für die nächsten Jahrzehnte. Daher müssen wir der Sowjetunion immer wieder die Vorteile der Zusammenarbeit zeigen. Die Sowjetunion wäre an sich das reichste Land der Erde, doch die einzelnen Menschen sind recht arm. Dies ist das Ergebnis eines falschen Wirtschaftssystems und forciertester Rüstungsanstrengungen.

IV. Madrider KSZE-Folgetreffen

CFA Eine allfällige KAE muss innerhalb des KSZE-Prozesses stattfinden. Wir erachten dieses Forum deswegen als besonders bedeutsam, weil auf diese Weise alle 35 Signatarstaaten einen Beitrag zur Sicherheit in Europa leisten können und müssen.

Am 29./30. August treffen sich die Aussenminister der N+N-Staaten in Stockholm, um die Wiederaufnahme der Konferenz (am 9. November) vorzubereiten.

Am 9. Februar 1982 mussten wir in Madrid aufgrund der Ereignisse vom 13. Dezember in Polen einen Vorschlag zur Unterbrechung der Konferenz einbringen. Wir hofften, die Konferenz könnte später unter besseren Voraussetzungen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Oesterreich beispielsweise wollte die Konferenz fortsetzen. Leider haben die Ereignisse, wie man im nachhinein feststellen darf, uns recht gegeben. Wir hoffen, die Wiederaufnahme finde nun in einem anderen Klima statt. Obwohl wir uns über die Situation in Polen keinen Illusionen hingeben wollen, glauben wir, angesichts des veränderten Verhandlungsklimas in anderen Organen dürfe die Konferenz nicht länger blockiert werden.

Wir sind der Ansicht, das von den N+N-Staaten erarbeitete Dokument RM39 könne als Diskussionsbasis für ein zukünftiges Schlussdokument dienen.

Die westlichen Staaten beidseits des Atlantiks haben bisher gemeinsame Positionen bezogen. Wir hoffen sehr, sie werden nicht durch die jüngsten Schwierigkeiten in den transatlantischen Beziehungen aufgelöst.

Was unseren Verhandlungskalender betrifft, so wird am Donnerstag, den 19. August 1982, eine sowjetische Delegation in Bern eintreffen, und Ende September wird Botschafter Brunner nach Washington reisen; ausserdem wird sich Staatssekretär Probst im Oktober nach Moskau begeben.

PRO Decken sich Ihre Vorstellungen bezüglich eines allfälligen KAE-Ab- laufs mit dem französischen Vorschlag, wonach in einer ersten Phase über die CSBM gesprochen werden soll und erst nach Abschluss dieser Phase zur Behandlung von eigentlichen Abrüstungsthemen geschritten werden soll, oder sehen Sie eher einen fliessenden Uebergang?

G Wir halten uns an den französischen Vorschlag.

BRE Unsere Position deckt sich grossenteils mit der Position der anderen N+N-Staaten; dabei scheinen uns drei Punkte wichtig. 1.: Heute, wo in Genf und Wien zwischen den USA und der UdSSR verhandelt wird, wo man selbst zeitweise ein Gipfeltreffen zwischen Reagan und Breschnew in Aussicht stellte, wäre es nicht richtig, wenn man wegen der Ereignisse in Polen nur in Madrid keinen Verhandlungswillen zeigte. Wenn wir im November nach Madrid gehen, möchten wir ernsthafte Verhandlungen aufnehmen und nicht nur Polemiken hören. 2.: Wir müssen eine Lösung für die CSBM-Anwendungszone finden. Die Sowjetunion befürchtet, der funktionelle Approach könnte für sie einen nachteiligen Präzedenzfall für andere Verhandlungsorgane bilden. Daher sollten wir in Madrid am funktionellen Approach festhalten, aber ausdrücklich hinzufügen, dass er keinen Präzedenzfall darstelle. 3.: Wir müssen den Menschenrechtsbereich verbessern. Oesterreich möchte eine Konferenz über die Menschenrechte ins Leben rufen. In unserem Dokument haben wir nur Gespräche auf Expertenebene vorgesehen. Der österreichische Vorschlag würde also diesen Bereich schwerer gewichten. Es scheint uns wichtig, dass die Sowjetunion bis zum Jahresende gewisse praktische Gesten im Menschenrechtsbereich vornimmt. Man muss der Öffentlichkeit zeigen können, dass sich Helsinki auch in greifbare Resultate umsetzt.

Wir sind dafür, dass die KAE innerhalb des KSZE-Prozesses stattfinden sollte, obschon wir uns bewusst sind, dass mit diesem Vorschlag der KSZE-Prozess enorm kompliziert würde. Damit führten wir nämlich eine Dimension ein, die bis zu Madrid nicht existiert hatte, und zwar eine amerikanisch-sowjetische Bipolarität innerhalb der KSZE. Bisher stand die Sowjetunion eher einer Gruppe von europäischen Ländern, namentlich der EG, gegenüber. Mit der Einführung des militärischen Elements nähmen nun die USA eine wichtige Stellung ein. Das heisst nicht, dass wir diese Ausweitung bedauern, entspricht sie doch der Realität, und wir müssen sehen, dass die Sowjetunion gerade an diesem Element interessiert ist und auf diese Weise für die Fortsetzung des KSZE-Prozesses gewonnen werden kann.

PRO Zum Menschenrechtsbereich möchte ich noch anfügen, dass der amerikanische Delegationschef Kampelman mir während meines Besuches in Washington im vergangenen Mai sagte, er könnte bei seiner Regierung keine sachlich begründete Position durchsetzen, wenn nicht im Menschenrechtsbereich sichtbare Resultate vorzuweisen seien.

G Was die Einheit der westlichen Positionen betrifft, so möchte ich erwähnen, dass mich kürzlich der dänische Ministerpräsident (z.Zt. Vorsitz innerhalb der EG) anrief, um mir mitzuteilen, dass alle grösseren Unterschiede in unseren Positionsbezügen vermieden werden sollten.

Ich teile Ihre Ansicht, dass wir im November in Madrid die Verhandlungen ernsthaft wieder aufnehmen müssen. Die Bundesrepublik hat, wie ich meine amerikanischen Gesprächspartner immer wieder versichere, noch nie mit der Sowjetunion Verhandlungen geführt, um ihr einen einseitigen Vorteil zu verschaffen. Madrid liegt in unserem Interesse, und wir müssen die USA davon überzeugen, dass es unser gemeinsames Interesse ist.

Zur Frage, ob wir substantiell verhandeln sollen oder nicht, bin ich der Meinung, dass wir das Mandat für eine zukünftige Abrüstungskonferenz erteilen sollten. Die KSZE bietet uns heute auf vielen Gebieten den einzigen Rechtstitel, auf den man sich bis zum Ural beziehen kann. Die Zonenfrage ist sehr heikel. Dem Osten sage ich immer, wenn ihr Europa vergrössern wollt, dann tut das überall, also: wenn eine Zone bis 1000 Kilometer in den Atlantik hinaus geschaffen werden soll, dann muss sie auch ihr Pendant bis 1000 Kilometer hinter den Ural haben. Die Zonenfrage auf der hohen See ist für die Allianz von grosser Bedeutung. Deshalb möchte ich meine Position wie folgt zusammenfassen: - Wir müssen die amerikanische Regierung davon überzeugen, dass in Madrid weiter verhandelt werden muss; - grösste Vorsicht ist bei dem angebracht, was Europa überschreitet; - für die KAE muss man die zwei verschiedenen Phasen aufrechterhalten; - im Bereich der Menschenrechte werden die Neutralen immer unsere Unterstützung haben, auch wenn ich bezweifle, ob gegenwärtig irgendwelche Erfolge zu verzeichnen sind.

Mich würde noch interessieren, ob die Ergebnisse der Stockholmer Tagung in grossen Zügen Ihrer Darlegung entsprechen werden.

- BRE Ja. Die N+N haben ihre Richtlinien am 1./2. Juli in Belgrad festgelegt. Im Communiqué, das gegenwärtig für die Stockholmer Tagung vorbereitet wird, unterstreichen wir unser Interesse an Verhandlungen. Wir werden auch der Sowjetunion mitteilen, dass wir Gesten im Menschenrechtsbereich erwarten. Es ist nötig, dass die Alliierten auch die USA von unserem ernsthaften Verhandlungswillen überzeugen. Die KSZE ist für Länder wie Schweden, Jugoslawien und die Schweiz, welche bedeutsame Armeen aufweisen, das einzige Forum, wo sie über militärische und sicherheitspolitische Fragen diskutieren können.
- CFA Ich werde Sie im Anschluss an die Stockholmer Tagung vertraulicherweise über die Resultate informieren.
- G Ich bin sehr daran interessiert, da ich am Rande der UNO-Generalversammlung im September Aussenminister Shultz treffen werde. Und auch bei der Gymnich-Tagung der NATO-Staaten (2./3. Oktober in Montreal) werden KSZE-Fragen von grosser Bedeutung sein.

V. Transatlantische Beziehungen

- CFA Das von Präsident Reagan am 18. Juni verhängte Embargo über amerikanische Tochtergesellschaften mit Sitz im Ausland bezüglich der Lieferung von hochentwickelter Technologie für den Bau der sibirischen Gasleitung hat auch für die Bundesrepublik ein fait accompli geschaffen. Welche Haltung nehmen Sie ein? Die Schweiz ist insofern an dieser Frage interessiert, da wir als Abnehmer von "Ruhrgas" nach dem Bau der Leitung 1,5% unseres Gesamt-Energiebedarfes und 20% unseres Gasbedarfes aus der Sowjetunion beziehen würden.
- J Wie werden sich die jüngsten Differenzen in den atlantischen Beziehungen auf die Weltwirtschaftslage auswirken? Im November findet in Genf die Ministerkonferenz des GATT statt. Wir sind am Gelingen dieser Konferenz interessiert und sehr besorgt, dass gewisse EG-Partner allenfalls die atlantischen Spannungen dazu benützen könnten, um die GATT-Konfe-

renz, wenn nicht zu torpedieren, so doch auf dem kleinstmöglichen Nenner festzunageln. Nach unserer Ansicht sollte diese Konferenz erfolgreich den protektionistischen Tendenzen Einhalt gebieten. In den Diskussionen mit der EG-Kommission stellen wir immer wieder fest, dass Sie Ihre eigene Position, die der unsrigen zumeist entspricht, oft wegen der Haltung Ihrer Partner zurücknehmen müssen.

G Zwischen der Bundesrepublik und der Schweiz gibt es, wie auch heute morgen beim gemeinsamen Frühstück mit Bundespräsident Carstens festgestellt wurde, einen ganz besonderen Berührungspunkt: Kein Land steht der Bundesrepublik so nahe wie die Schweiz im Kampf gegen den Protektionismus. Wir teilen Ihre Besorgnis bezüglich der GATT-Konferenz.

Das Rohrgeschäft ist überwiegend politischer Natur, der Stahlkonflikt dagegen ist ausschliesslich handelspolitischer Natur und insofern für die transatlantischen Beziehungen sehr gefährlich. Ich bin nicht glücklich darüber, dass unsere Gegensätze zu den USA teilweise beinahe kultiviert werden.

J Um es offen zu sagen: Die französische Haltung macht uns am meisten Sorgen, und wir hoffen sehr, dass die Divergenzen nicht ein solches Ausmass annehmen, dass sie zu einem Bruch führen könnten.

G Ich stimme Ihnen zu. In der Sicherheitspolitik ist Frankreich für uns ein sehr zuverlässiger Partner. Aber im wirtschaftspolitischen Bereich gibt es zahlreiche Probleme. Dennoch ist das bereits von Adenauer hergestellte deutsch-französische Freundschaftsverhältnis für uns von elementarer Bedeutung. Zur Zeit stellen Sie allerdings die Frage zu Recht, inwieweit Bonn seine Vorstellungen innerhalb der EG durchsetzen könne.

VI. Genscher/Colombo-Plan

CFA Sie haben eine neue Initiative ergriffen, um der europäischen Einigung einen Impuls zu verleihen. Aussenminister Colombo hat Ihre Initiative unterstützt und um einen wirtschaftlichen Aspekt erweitert. Beides zusammen führte zu einem Entwurf für eine europäische

Akte. Am 18. November 1981 fand in Strassburg das informelle Treffen des Ministerkomitees statt. Am 19. November haben Sie Ihr Projekt für eine europäische Akte vor dem Europäischen Parlament vorgestellt. Der Europarat ist auf diesem Gebiet das einzige Forum, wo wir teilnehmen. Es scheint uns, dass Ihr Entwurf auch einige Bereiche enthält, die vornehmlich in die Kompetenz des Europarates gehören, beispielsweise die Passagen über Kultur und Wissenschaft.

G Wir erkannten immer die Brückenfunktion des Europarates. Wenn wir auf den europäischen Einigungsprozess zurückblicken, dann müssen wir erkennen, dass die Entwicklung in Schüben stattgefunden hat. Ein neuer Schub ist nun fällig, damit mindestens die bisherige Substanz voll bewahrt werden kann - dies insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass in der EG eine Erweiterung stattgefunden hat und noch stattfinden wird. Deshalb lagen meiner Initiative folgende Gedanken zugrunde: 1. Der Einigungsprozess muss verdichtet werden. 2. In der Öffentlichkeit spricht man oft von der mangelnden Wahrnehmung der europäischen Interessen. Deshalb muss die gemeinsame Interessenvertretung auch auf neue Gebiete ausgedehnt werden, beispielsweise sicherheitspolitische. 3. Man kann nicht ein Parlament wählen, ohne ihm irgendwelche Kompetenzen zu gewähren. Es scheint mir deshalb angezeigt, dass man im Europäischen Parlament auch über Kultur und Wissenschaft spricht, ohne indessen einen Ausschliesslichkeitsanspruch zu erheben.

Mein Auftreten vor dem Europäischen Parlament war insofern ungewöhnlich, als ich nicht Vorsitzender des Ministerrates war. Am 14. August habe ich mich mit Herrn Colombo getroffen, und wir beabsichtigen nochmals vor dem Parlament aufzutreten, um unsere Meinung noch deutlicher auszudrücken. Es gibt noch einige Bedenken, vornehmlich von seiten der neuen Mitgliedstaaten, derweil die Gründerstaaten das Gesamtinteresse Europas mehr im Auge haben. Wir dürfen auch nie vergessen, dass die Europäer in den Ostblockstaaten grosse Erwartungen bezüglich eines neuen Einigungsschubes in Europa hegen.

J Ich möchte noch der schweizerischen Genugtuung über die Erklärung des Ministerrates vom 19. Juli 1982 zum zehnjährigen Bestehen der Freihandelsabkommen Ausdruck geben. Wir hoffen, dass sich die Zusammenarbeit auch auf solche Gebiete ausdehnen lässt, die bisher vom Freihandelsabkommen noch nicht erfasst wurden (wie dies ja bereits auf dem Versicherungssektor geschehen ist). Wir könnten hierin möglicherweise eine nützliche Vorarbeit leisten.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

p.B.15.51.A.8.-WI/gk

Bern, den 27. August 1982

VERTRAULICH

Besuch von Aussenminister
Hans-Dietrich Genscher
in Bern

ack

An die schweizerischen diplomatischen Vertretungen

die schweizerischen Vertretungen:

- beim Europarat, Strassburg
- bei der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel
- bei der UNO, New York
- bei der UNESCO, Paris
- bei den internationalen Organisationen, Genf
- bei den internationalen wirtschaftlichen Organisationen, Genf
- bei der OECD, Paris

Herrn Bundesrat P. AUBERT

Herrn Staatssekretär R. PROBST

Herrn Generalsekretär A. GLESTI

Herrn Botschafter E. DIEZ

Herrn Botschafter E. BRUNNER

Herrn Botschafter J. MONNIER

Herrn Botschafter F. MUHEIM

Herrn Botschafter A. HUGENTOBLER

Herrn Botschafter J.-P. RITTER

Herrn Botschafter H. KAUFMANN

Herrn Minister J. ZWAHLEN

Herrn Minister P.-L. GIRARD

Herrn Stv. Direktor R. STETTLER

Herrn Minister M. KRAFFT

Herrn O. UHL

Herrn H. von ARX

Herrn M. LEIPPERT

Herrn Staatssekretär P. JOLLES (BAWI, EVD)

Herrn Botschafter K. JACOBI (BAWI, EVD)

Herrn Botschafter C. SOMMARUGA (BAWI, EVD)

Herrn Botschafter B. von TSCHARNER (BAWI, EVD)

Herrn Botschafter E. ROETHLISBERGER (BAWI, EVD)

Herrn Botschafter Ph. LEVY (BAWI, EVD)

Herrn Divisionär M. PETITPIERRE, Chef UNA (EMD)

Herrn Divisionär G. DAENIKER, Stabschef Operative Schulung (EMD)

Herrn Major i Gst SCHAERLI (GGST, Op, EMD)

SBL, REI, BOD, KNZ, RY, RD, WI, BRO, JL, SAL, STH, DU, LB,
DD, SPE, GO, STE, ER, KR, RV, HG, WE, CRE, HI, GH, BY, SA